

DAS CORONA-JAHR UND DIE WICHTIGE PERSONALRATSWAHL IM MAI

Vertrauen gegen Vertrauen



Foto: GdP Hessen

Andreas Grün

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vom 3. bis 7. Mai 2021 finden Personalratswahlen statt, die wegen der Pandemie bereits vor einem Jahr hätten stattfinden sollen. Wie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens hat die Pandemie auch bei der Polizei viele Abläufe des Dienstbetriebes erheblich beeinträchtigt. Infektionsschutz, Homeoffice, Kohortenregelung, Quarantänemaßnahmen, geschlossene Einsätze unter Pandemiebedingungen, Plexiglastrennscheiben in Büros und den Streifenwagen, Maskenpflicht und, und, und ...

Dies alles war natürlich auch für die GdP und die Personalräte Neuland. Wir haben die Lage jedoch von Anfang an sehr ernst genommen und den Gesundheitsschutz von euch allen in den Mittelpunkt unseres Handelns gestellt.

So war es die GdP, die vor allen anderen behördlichen Bemühungen auf eigene Kosten begonnen hatte, Plexiglasscheiben für die Büros unter anderem für die Anzeigenaufnahme mit dem unausweichlichen Bürgerkontakt in geschlossenen Räumen anzuschaffen und zu installieren.

Mitten in der Pandemie mussten auch die allermeisten von euch bei den schwierigen Einsätzen rund um den Ausbau der A 49 im Dannenröder Forst unter Pandemiebedingungen ihren Dienst oft über Wochen leisten. Noch vor Beginn des ersten Einsatzes hat die GdP Hessen Innenminister Peter Beuth deutlich gemacht, dass für diese Einsätze ein umfassendes, professionelles und von externer Seite begleitetes Hygienekonzept integraler Bestandteil der gesamten Einsatzplanung sein muss. Darüber hinaus hat die GdP für die gesamte Einsatzlage im Dannenröder Forst eine 24/7 Einsatzhotline (0 61 1) 9922777 eingerichtet, um rund um die Uhr eine Anlaufstelle für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen einzurichten.

Nach den coronabedingten Schichtdienstumstellungen und den daraus erwachsenen Kritiken aus der Mannschaft haben wir über eine GdP-Initiative im Hauptpersonalrat dafür gesorgt, dass die Schichtumstellungen schnellstmöglich wieder zurückgenommen wurden. Für die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei konnte aufgrund einer weiteren GdP-Initiative die Bestellung von warmer Unterwäsche für die Einsätze in der kalten Jahreszeit, insbesondere im Dannenröder Forst, durch eine Ausnahmeregelung ermöglicht werden.

Die Einsätze im Dannenröder Forst und der Dienstbetrieb unter Corona-Bedingungen mit all seinen Schwierigkeiten war und ist für euch alle eine deutliche, über das normale Maß hinausgehende Belastung. Deshalb hat die GdP die Hessische Landesregierung öffentlich aufgefordert, den hessischen Polizeibeschäftigten eine Sonderzahlung und zwei Tage Sonderurlaub zu gewähren. Die Landesregierung ist bisher nicht bereit, dieser Forderung nachzukommen, und steht auf dem Standpunkt, dass all dies zum „normalen Dienstbetrieb“ gehöre und im Rahmen der Alimentation ausreichend abgegolten sei. Diese Haltung ist ein Schlag ins Gesicht aller hessischen Po-

lizeibeschäftigten. Ungeachtet bereits beschlossener Sonderzahlungen auf anderen Ebenen für die Bundespolizei und das BKA wird die GdP Hessen diese Forderung nicht zurücknehmen. Wir werden weiter auf allen Ebenen medial den Druck erkennbar erhöhen.

Die vorgesehene Priorisierung der Polizei in der Priorisierungsgruppe 3 bei den Impfungen war für die GdP inakzeptabel. Aufgrund unserer hessischen und bundesweiten Initiativen, die Polizei in die Priorisierungsgruppe 2 zu verorten, wurde dies auch in Hessen so umgesetzt.

Denn für die GdP stand und steht außer Frage, dass für Polizeibeamte ein erhöhtes Infektionsrisiko im täglichen Dienst besteht. Leider zielt sich das Land auch bei der Anerkennung von Dienstunfällen bei einer SARS-CoV-2-Infektion. Die GdP geht deshalb bundesweit gegen die nach unserer Ansicht nicht mehr zeitgemäßen gesetzlichen Regelungen vor. Wir versuchen zurzeit, über den Bundestag und den Bundesrat das Beamtenversorgungsgesetz im Bund und in den Ländern – aufeinander abgestimmt – zu ändern. Konkret regen wir eine Einfügung eines neuen Absatzes (3 a) in § 31 BeamtVG wie folgt an:

„(3 a) Erkrankt ein Beamter bzw. eine Beamtin während einer Pandemie im Sinne des Infektionsschutzgesetzes wegen der Art der dienstlichen Verrichtungen und ist einer erhöhten Kontakthäufigkeit mit anderen Personen oder verminderten Schutzmöglichkeiten ausgesetzt oder wird zur Durchsetzung von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Pandemie verwandt, so gilt die Erkrankung als durch dienstlich veranlasste gesundheitsschädigende Verhältnisse verursachter Dienstunfall.“

Parallel dazu führt die GdP zur Durchsetzung der Anerkennung von Dienstunfällen derzeit einen Musterprozess, um eine vereinfachte Anerkennung als Dienstunfall durchzusetzen.

Neben all unseren coronabedingten Erfolgen, Bemühungen und weitergehenden



Initiativen haben wir natürlich auch bei der Personalfrage und den Beförderungsmöglichkeiten nicht den Fuß vom Gas genommen. Nach wie vor haben wir bei der hessischen Polizei eine Mangelverwaltung von Personal und Karrierechancen, die es dringend aufzulösen gilt. Unsere Forderungen dazu liegen auf dem Tisch und es gibt erste Hinweise, dass die Hebungsprogramme und auch die Personalmehrungen weitergeführt werden sollen. Wir bleiben auf jeden Fall dran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ihr seht, ist es eure GdP, die unentwegt auf vielen Feldern für euch aktiv und erfolgreich unterwegs ist. Getreu unserem Motto #wirhandeln. Das alles kostet Kraft und Zeit. Damit wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft für eure Belange starkmachen

können, brauchen wir bei den Personalratswahlen wieder ein deutliches und starkes Mandat von euch allen. Vertrauen gegen Vertrauen – unterstütze deine GdP mit deiner Stimme.

Mit Blick auf die Mitbewerber der anderen Gewerkschaften und Listen scheint die Pandemie nicht zu existieren. Außer ein paar salopp formulierten markanten Sprüchen wirkt der Betrieb wie eingestellt. Wenn überhaupt etwas zu hören ist, dann sind es meist Wiederholungen unserer Forderungen oder bereits erzielter Erfolge. Ich hoffe auch, dass die Kolleginnen und Kollegen im Laufe der letzten Wahlperiode erkannt haben, dass gerade bei der Freien Liste im Bereich des PP Frankfurt kernige Sprüche, Machtinteressen und persönliche Befindlichkeiten das Bild über die Jahre prägten.

Deshalb ist diese Wahl auch eine Richtungswahl, wohin die Reise bei der hessischen Polizei geht. Innovative und beharrliche Personalratsarbeit der GdP – oder Stillstand?

Wir rufen alle GdP-Mitglieder auf, von ihrem Wahlrecht am besten durch Briefwahl Gebrauch zu machen. Denn nur die GdP mit ihrer mächtigen Solidarität von über 13.000 Mitgliedern ist in der Lage, wichtige Entscheidungsprozesse bei der Polizei in eurem Sinne mitzugestalten und den dazu erforderlichen gewerkschaftspolitischen Druck aufzubauen.

#wirhandeln – herzliche Grüße und Glückauf!

Andreas Grün,
Landesvorsitzender der GdP Hessen

Antrag zur Briefwahl



#wirhandeln



Antrag auf Briefwahl für die Personalratswahl 2021 gemäß § 16 a Wahlordnung zum HPVG

Hiermit bitte ich um die Übersendung der Briefwahlunterlagen für die Personalratswahl 2021, da ich an den Wahltagen verhindert bin, meine Stimme persönlich abzugeben. Bitte senden Sie die Unterlagen an folgende Anschrift:

Name: _____
 Vorname: _____
 Geburtsdatum: _____
 Straße: _____
 PLZ / Ort: _____

Bitte Freiumschlag zur Rücksendung
 sowie einen Abdruck des Wahlausschreibens zusenden.

 Datum und Unterschrift

Wichtig: Bitte **komplett ausfüllen**, **unterschreiben**, **kuvertieren** und **rechtzeitig** an den Wahlvorstand absenden. Folgende Wege sind möglich: postalischer Weg (bitte frankieren), als Dienstpost, Abgabe bei einem Wahlvorstandsmitglied – siehe Aushang.

Wahlvorstand
– Briefwahl Personalratswahl 2021 –

#wirhandeln



Personalratswahlen
vom 3.-7. Mai 2021

UNSERE KERNFORDERUNGEN:

Stärkung der Basisdienststellen bei Schutz- und Kriminalpolizei | Anerkennung einer Corona-Infektion als Dienstunfall | Verhinderung von Gewalt gegen Polizei | Bessere Fürsorge für eine gesunde Polizei | Anpassung des Besoldungsniveaus | Erhöhung & Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage | Deutliche Verbesserung im Tarif- und Verwaltungsbereich | Optimierung der Studienbedingungen

 **GdP wählen**



Gewerkschaft
der Polizei

WESTHESSEN



Wulf
Baltruschat



Markus
Heiß



Daniel
Klimpke



Simone
Sieger



David
Stegemann



Saskia
Völker

Wulf Baltruschat
Markus Heiß
Daniel Klimpke

Simone Sieger
David Stegemann
Saskia Völker

NORDHESSEN



Lars
Elsebach



Iris
Icke



Carsten
Maier



Stefan
Ruppel



Monika
Sadowski-Jacobi



Simone
Sauerländer

Lars Elsebach
Iris Icke
Carsten Maier

Stefan Ruppel
Monika Sadowski-Jacobi
Simone Sauerländer

MITTELHESSEN



Nina
Bachelier



Heiko
Bamberger



Heike
Monk



Ute
Schaft-Paetow



Torsten
Schmoll



Harald
Zwick

Heiko Bamberger
Heike Monk
Matthias Rüb

Ute Schaft-Paetow
Torsten Schmoll
Harald Zwick

SPITZENKANDIDATEN



Karsten Bech
Osthessen
Listenplatz 1
Beamte



Kerstin Wöhe
Mittelhessen
Listenplatz 1
Beamtinnen

Unsere Kandidatinnen
Wahlen zum Hauptpers

SÜDHESSEN



Claudia
Büttner



Monika
Duric



Jörg
Hartweck



Andreas
Hotz



Maïke
Krämer



Marie
Ludwig



Tobias
Perkovic



Heike
Reichert



Christian A.
Richter



Dörte
Steiger



Jörg
Weitmann



Peter
Wohlfahrt

Claudia Büttner
Monika Duric
Jörg Hartweck
Andreas Hotz

Maïke Krämer
Marie Ludwig
Tobias Perkovic
Heike Reichert

Christian A. Richter
Dörte Steiger
Jörg Weitmann
Peter Wohlfahrt

HBP



Gregor Bader
Jens Mohrherr



Martina Freimuth

Gregor Bader
Martina Freimuth
Jens Mohrherr

HLKA



Daniel Anbau
Antje Christmann
Doris Hämmerle
Tina Henk



Marko Junior
Matthias Lange
Sylvia Schwegel-Otto

Daniel Anbau
Antje Christmann
Doris Hämmerle
Tina Henk
Marko Junior
Matthias Lange
Sylvia Schwegel-Otto

HPA



Marika Hertling



Jörg Thumann

Marika Hertling
Jörg Thumann

HPT



Giannina Petermann



Mark Weber

Giannina Petermann
Mark Weber

OSTHESSEN



Heinz Schiskowski
HLKA
Listenplatz 1
Arbeitnehmer

Claudia Wachenfeld
Nordhessen
Listenplatz 1
Arbeitnehmerinnen



Anette Hill
Michael Isaak
Esther Jaekel
Udo Klar
Bernhard Kriz



Martin Mohr
Stephan Müller
Alexandra Stehr-Kröll
Michaela Winkler

Anette Hill
Michael Isaak
Esther Jaekel

Udo Klar
Bernhard Kriz
Martin Mohr

Stephan Müller
Alexandra Stehr-Kröll
Michaela Winkler

SÜDOSTHESSEN



Markus Hüschenbett
Holger Maue
Thorsten Pfeiffer



Tina Sauer
Sabine Spangenberg
Stefan Wagner

Markus Hüschenbett
Holger Maue
Thorsten Pfeiffer

Tina Sauer
Sabine Spangenberg
Stefan Wagner

FRANKFURT



Marianne Diefenthäler
Oliver Hoog
Petra Moosbauer
Stefan Vogel
Jochen Zeng

Marianne Diefenthäler
Oliver Hoog

Petra Moosbauer
Stefan Vogel

Jochen Zeng

Liste GdP wählen!

Wertschätzung und Perspektiven für die Polizei schaffen

Die hessische Polizei kämpft seit Jahren mit personeller Unterbesetzung bei gleichzeitig ansteigendem Kriminalitätsaufkommen. Ständige Erreichbarkeit, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie hohe Kranken- und Überstundenberge sind Beweise einer personellen Mangelverwaltung. Hinzu kommen nicht planbare Ereignisse. Der erhoffte und durch die begonnene Personaleinstellungsoffensive verstärkte Personalzuwachs kam, wie politisch angekündigt, nicht in den Basisdienststellen bei der Kriminal- und Schutzpolizei an!

Sind wir in Hessen als Arbeitgeber im Vergleich mit konkurrierenden Länderpolizeien attraktiv genug? Offensichtlich nicht! Räumliche Defizite, zu wenige Praxisausbilder, fehlende Schießstätten und Einsatztrainingszentren dürfen nicht von der Kompetenz eines Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen abhängig bleiben. Mit Blick auf (schwer) bezahlbaren Wohnraum, insbesondere im Rhein – Main Gebiet und fehlenden günstigen Wohnmöglichkeiten an Hochschulstandorten ist ein schnelles Umdenken erforderlich.

Wenn bei diesen Themenfeldern nicht dringend gehandelt wird, wird es möglicherweise noch weitere Jahre dauern, bis sich die Situationen für die Polizeibesetzten zum Positiven wandeln. Geschieht dies nicht, müssen unsere Beschäftigten in den Basisdienststellen bei Kriminal- und Schutzpolizei diese Versäumnisse einer verfehlten Personalpolitik ausbaden!

Daher fordern wir:

- Verbindliche Zusagen zur Stärkung der Basisdienststellen bei Kriminal – und Schutzpolizei
- Deutliche Verbesserung der Beförderungssituation; insbesondere im „Flaschenhals A 10/A 11“
- Höhergruppierungen in den unteren Entgeltgruppen (E 3 bis E 9)
- Fachkräftezulagen endlich auch nutzen und umsetzen
- Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden im Polizeivollzug, Schicht- / Wechselschichtdienst auf 35 Stunden
- Überführung der tätigkeitsbezogenen Zulagen in das Grundgehalt
- Dringende Erhöhung aller Erschwerniszulagen
- Attraktivitätssteigerung für Studierende durch Erhöhung der Anwärterbezüge,
- Freie Heilfürsorge während des Studiums
- Studentenwohnheime und Gewährung von Wohngeldzuschuss

Wir bitten euch daher, der Gewerkschaft der Polizei in den örtlichen Personalräten und bei der Wahl zum Hauptpersonalrat der hessischen Polizei mit euren Stimmen bei den Personalratswahlen vom 3.–7. Mai 2021 zu unterstützen!

Karsten Bech / Jens Mohrherr

Ansprechpartner:

Karsten Bech

PR Vorsitzender Osthessen
Severingstr. 1-7
36041 Fulda
Tel.: 0661-1051040
karsten.bech@gdp.de

Jens Mohrherr

HPR der Polizei beim HMdLU
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden
Tel: 0611-353 1770
jens.mohrherr@polizei.hessen.de



GdP wählen



„Für eine konstruktive Personalratsarbeit braucht es keine Claqueure in den sozialen Medien.“

Klartext reden – Zukunft gestalten – GdP wählen!



Jens Mohrherr

Liebe Kolleg*innen, in vier Wochen, vom 3. bis 7. Mai 2021, wählen über 21.000 Polizeibeschäftigte bei den landesweiten Personalratswahlen ihre örtlichen und den Hauptpersonalrat der hessischen Polizei!

Was in der zurückliegenden Wahlperiode, die im Übrigen fünf Jahre andauerte, war gut? Was war schlecht? Ich erspare mir den üblichen Rückblick über die zurückliegende Wahlperiode, weil vieles schnell in Vergessenheit gerät. Gutes verblasst – Schlechtes haftet leider wie Pech in den Gedächtnissen!

Die Pandemie hat dafür verantwortlich gezeichnet, dass die Personalratswahlen per Gesetz um ein Jahr verschoben werden mussten. Damit verkürzt sich auch die neue Wahlperiode ab Mai 2021 um ein Jahr, was zur Folge hat, dass wir in drei Jahren erneut an die Urnen gerufen werden.

An neuen Herausforderungen mangelt es uns als hessische Polizei nun wirklich nicht! Neben der alles beherrschenden Pandemie mit allen Facetten haben uns mehr denn je Großlagen wie der Ausbau der A 49 und demonstrative Aktionen, nicht nur in den hessischen Metropolen, in Atem gehalten.

Die gewaltsamen Angriffe auf Polizeibeschäftigte sind einmal mehr sichtbarer Beleg unserer gefahrensgefährdeten Tätigkeit. Da klingt es wie Hohn und Spott, wenn wir aus der Presse erfahren müssen, dass das Frankfurter Amtsgericht im Februar 2021 einen mutmaßlichen Rechtsbrecher, der Polizeibeschäftigte im vergangenen Sommer bewusst angegriffen hat, zudem wegen schweren Landfriedensbruches und versuchter Körperverletzung angeklagt war, mit 50 Sozialstunden und 500 Euro Geldbuße verurteilt hat! Ein klares Signal der Justiz an all diejenigen, die „auf Krawall“ und „auf Angriffe“ gegen Polizeibeschäftigte aus sind!

Daher muss auch und gerade das Thema Wertschätzung unserer polizeilichen Arbeit immer wieder in die Mitte der politischen Diskussionen getragen werden. Diese muss sich unter anderem besonders auch in Einkommensbedingungen, familienfreundlichen Arbeitszeiten und einer guten personellen Ausstattung ausdrücken.

In Zeiten der Corona-Pandemie haben wir eines gelernt: Vertrauen in die Mitarbeiter*innen der Polizei zu setzen. Wir standen als Hauptpersonalrat vor einer schwierigen Situation. Es galt abzuwägen zwischen dem Pochen auf formalen Rechten der Beteiligung und Mitwirkung und auf der anderen Seite einem pragmatischen Umgang mit dem Ziel, zwingende und notwendige Entscheidungen nicht aufzuhalten. Dies dauert teilweise bis heute an. Natürlich gab es immer Einzelfälle, die im Ergebnis zunächst nicht zur Zufriedenheit geführt haben. Wir haben uns dieser jedoch angenommen und in der Regel auch für annehmbare Lösungen gesorgt.

Dinge die jetzt, im Februar 2021 scheinbar schon zur Gewohnheit geworden sind, gab es damals noch nicht. Am Beispiel Homeoffice wird dies besonders deutlich. Die folgerichtige und häufig gegen Führungsebenen durchgesetzte Ausweitung der Homeoffice-Möglichkeiten (mobile Arbeitsplätze) binnen eines Jahres trägt deutlich unsere Handschrift.

Das bewusste Entzerren der Schichtdienstleistenden in Kohorten, unter den im 1. Lockdown vereinbarten Grundsätzen ebenfalls.

Bei der Umstellung auf den 4-Schicht-Rhythmus beabsichtigte das LPP, dies bis 31. Dezember 2020 oder länger beizubehalten. Dies stieß auf vehemente Kritik, die wir als Hauptpersonalrat federführend begleitet haben. Schließlich konnten wir in einer emotionalen und teils harten Diskussion mit dem LPP erreichen, dass zum 29. Juni 2020 in den 5-er-Schichtbetrieb zurückgestellt wurde. Versprochen – gehalten!

Die zeitlich befristete Abkehr von der 5. Dienstgruppe, die infolge unseres Pochens wieder zurückgenommen wurde, die Ausstattung mit persönlicher Schutzausrüstung, die Einrichtung und der Betrieb von PCR-Teststraßen bei den Polizeiärztlichen Diensten der Polizei halfen ebenfalls, die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen der Corona-Pandemie im Zaum zu halten. Keine Frage, wir haben noch lange nicht alle unserer gesteckten Ziele erreicht!

Hier fällt mir spontan die Neuregelung der Anerkennung von Corona als Dienstunfall ein! Gerade unsere besonders belastenden Dienststellen haben häufige Bürgerkontakte. Damit einhergehend steigt das Risiko einer Corona-Infektion. Es darf nicht sein, dass unsere Kolleg*innen dann die volle Beweislast zu erbringen haben. Aufgrund der derzeitigen Rechtslage muss der Fall einer Infektion im Dienst vollumfänglich bewiesen werden, wann diese (Infektion) stattgefunden hat. Die zeitliche Bestimmbarkeit ist der Hinderungsgrund. Ebenfalls muss ausgeschlossen sein, dass sich im privaten Umfeld infiziert wurde.

Andere Bundesländer gehen hier neue Wege. Wege, die wir dringend auch für unsere Beschäftigten begehbar machen wollen!

Mit einem Erlass des federführenden Finanzministeriums möchte die Landesregierung von Schleswig-Holstein künftig das Verfahren zur Anerkennung eines Dienstunfalls infolge einer COVID-19-Erkrankung erleichtern. In diesem Erlass werden Kriterien für eine erleichterte Führung des Nachweises zwischen Erkrankung und Dienstausbildung für die antragstellenden Beamtinnen und Beamten bestimmt. Vergleichbare Regelungen sind auch im entsprechenden Leitfadens



#wirhandeln



Foto: GdP/Hessen

des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) für alle gesetzlich Versicherten enthalten. Für die Tarifbeschäftigten, Beamt*innen sollen damit zukünftig gleiche Kriterien für die Anerkennung einer COVID-19-Erkrankung als Dienstunfall gelten. Eine Benachteiligung der Beamt*innen würde damit künftig verhindert und der Schutz vor mit der Berufsausübung verbundenen Risiken verbessert werden. Die neue Regelung soll ausdrücklich einen Bezug zur Arbeit in einer Justizvollzugsanstalt, einer Schule oder in einem Streifenwagen der Polizei herstellen. Die Bereiche Schulen und Polizei waren in 2020 besonders von Corona-Infektionen betroffen. Bis-

her gab es keine Anerkennungen von COVID-19-Erkrankungen als Dienstunfälle.

Aber auch abseits der Pandemie gibt es viel zu tun. Die zusätzlichen Einstellungen in die hessische Polizei haben leider noch immer nicht dazu geführt, dass in jeder Basisdienststelle eine Frau/ein Mann mehr angekommen ist. Die Abbrecherquoten sind noch immer viel zu hoch, was die hohe Anzahl der zu den Semestern eingestellten deutlich nach unten relativiert.

Letztlich liebe Kolleg*innen noch einige Zeilen aus persönlicher Sicht. Zu den Personalratswahlen treten wieder Kandidatinnen und Kandidaten aus der hessischen Polizeibele-

schaft an. Sportlich ausgedrückt haben manche den Verein gewechselt, andere gründeten neue Vereine. Persönliche Unzufriedenheit und plötzlicher Aktionismus bilden oft dafür den Nährboden! Frei nach dem Motto: Wer am lautesten schreit, am meisten postet, ist auch nah an den personalrätlichen Themen dran!

Fake News, liebe Kolleg*innen! Für eine konstruktive Personalratsarbeit braucht es keine Claqueure in den soz. Medien, die häufig mit gefährlichem Halbwissen eine Meinungsführerschaft für sich reklamieren. Die Arbeit im Hauptpersonalrat und in den örtlichen Personalräten erfordert stringentes Vorgehen und immer wieder das „Bohren dicker Bretter“, was einerseits zwar oft Zeit in Anspruch nimmt, andererseits aber zum Ziel führt! Euch allen vielen Dank für die oftmals kritische, wenn gleich auch sehr oft zielführende Kritik an unserer Arbeit!

#wirhandeln

Jens Mohrherr

POLIZEI **DEIN PARTNER** Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de

Wir trauern um unsere Mitglieder

Axel Dorff

Kreisgruppe Frankfurt

Eckhard Kömpf

Kreisgruppe Main-Kinzig

Roland Eckhardt

Kreisgruppe Wetterau

Norbert Weygandt

Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Friedrich Kremer

Kreisgruppe HLKA

**Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren!**

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden